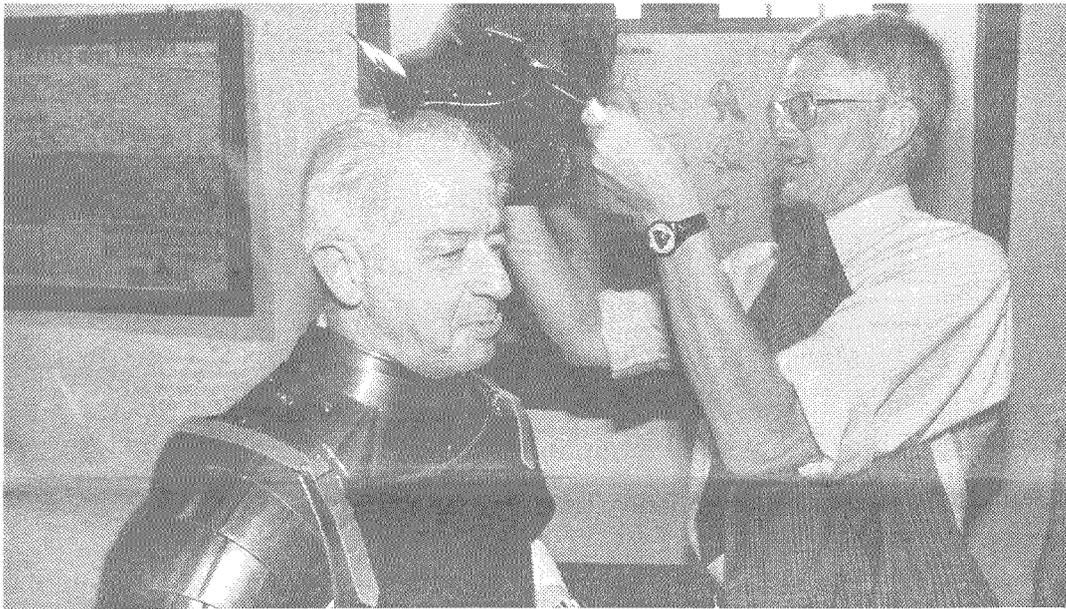


Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

6. Juni 1993: Positives Zeichen



Dank für den Mitstreiter: Bundesrat Villiger hilft Nationalrat Willy Loretan (AG) auf dem Ausflug der FDP-Fraktion im Solothurner Museum Altes Zeughaus in die Ritterrüstung. (Photo Sprich)

Ohne triumphieren zu wollen: freuen dürfen sich alle Gegner der Initiativen gegen Kampfflugzeuge und Waffenplätze, dass das Volk am 6. Juni 1993 beide Vorlagen so deutlich abgelehnt hat. Das Abstimmungsergebnis bildet einen wichtigen Markstein, wenn nicht sogar Wendepunkt in der 1989 mit der Armeeab-schaffungsinitiative vehement ausgebrochenen sicherheits-politischen Diskussion.

AMK. Parallel zu der in der Schweiz geführten sicherheits-politischen Debatte fiel in Europa der Eiserner Vorhang, entstanden Hoffnungen auf eine neue Weltordnung. Der in Ex-Jugoslawien ausgebrochene Krieg führte andererseits wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurück. EMD-Chef Villiger hat mit dem Sicher-

heitsbericht, dem Armeeleit-bild 95 und der Armeere-form 95 die Konsequenzen aus der veränderten innen- und aussenpolitischen Situation gezogen. Der Abstimmungs-kampf wurde dadurch zur Chance, die Sicherheitspolitik in der Bevölkerung zu diskutieren. Die Gegner der Initiativen haben diese Chance überzeugend wahrgenommen.

Nach einer Zeit der innen-politischen Irritation nicht nur, aber auch in der Sicherheits-politik kann das Ergebnis vom 6. Juni aber noch genereller als positives Zeichen angesehen werden. Die Schweizer haben sich entscheidungsfreudig gezeigt. Sie haben einem Beschluss der eidgenössischen Räte zugestimmt, ein weiteres Moratorium und den Versuch, zwei rechtmässige zustande gekommene Entscheide rückwirkend umzustossen, abgelehnt.

Deshalb ist dies eine weitere Aussage der denkwürdigen Abstimmung: Politik darf und soll wieder entscheiden. □

Rote Zahlen



AMK. Was meint der Finanzspezialist FDP-Nationalrat Gerold Bühler (SH), privat Finanzchef der Konzernleitung Georg Fischer Management AG, zur Ebbe in der Bundeskasse? Hat wieder einmal die Politik versagt?

Lesen Sie exklusiv das grosse Interview ab Seite 5.

(Photo ruti)

Inhalt

- «Öffentliches Beschaffungswesen als Dauerbrenner» heisst der Artikel Seite **9**
- Viele Photos vom Fraktionsausflug sehen Sie ab Seite **10**
- Die Kolumne mit dem Abstimmungskommentar finden Sie Seite **13**
- Über Aktivitäten der FDP-International lesen Sie Seite **15**

Monströse Menschenrechtskonferenz

In Wien wird seit dem 14. Juni über Menschenrechte gesprochen, verhandelt und vorab gestritten. Dabei hätte auf dieser Uno-Konferenz mit einer monströsen Zahl von über 14 000 Teilnehmern der globale Sieg der Menschenrechtsidee verkündet werden sollen.

Jacques Baumgartner

Ganz offen sprechen es die Diplomaten, Politiker und Regierungsvertreter natürlich nicht aus. Aber die Menschenrechte, die einzuhalten sich alle Uno-Mitgliedstaaten feierlich verpflichtet haben, sind heute umstrittener denn je.

Der Streit um die Menschenrechte, wie sie in den Satzungen der Vereinten Nationen 1948 verankert worden sind, der Streit um deren Einhaltung hat den früher kalten Krieg genannten Ost-West-Konflikt abgelöst. Die Streitfrage um die Menschenrechte entwickelt sich immer mehr zu einer Nord-Süd-Konfrontation, sie erweitert und vertieft den bereits vorhandenen Gegensatz zwischen Industrienationen («Norden») und Entwicklungs- sowie sogenannten Schwellenländern («Süden»).

Menschenrechtsgipfel

Den Gedanken einer globalen Konferenz über die Menschenrechte hatten die Vereinten Nationen im Dezember 1990. Damals beschloss die Uno-Generalversammlung in New York, in der Zeit vom 14. bis 25. Juni 1993 nicht bloss Regierungsvertreter, Uno-Menschenrechtsbehörden, sondern auch internationale, regionale, zwischenstaatliche und nicht-staatliche sich mit Menschen- und Grundrechten befassenden Organisationen in die österreichische Hauptstadt einzuladen.

Immerhin, der letzte Uno-Menschenrechtsgipfel liegt schon ein Vierteljahrhundert zurück. Er fand 1968 in Teheran statt.

Jetzt wird überprüft, inwieweit ein allgemein gültiger (präziser allgemein gültig sein sollender) Begriff der Menschenrechte vorstellbar und auch durchsetzbar ist. 1993 leben mehr als drei Viertel aller

Menschen in Staaten, in denen die grundlegendsten Menschenrechte überhaupt nicht oder nur teilweise geachtet werden.

Begriff

In den Wiener Konferenzsälen wird vor allem darüber gestritten, ob der europäisch-amerikanisch geprägte Menschenrechtsbegriff wirklich das entscheidende und massgebende Kriterium der Völkergemeinschaft sein kann oder soll. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien hat dem «Süden» überdeutlich gemacht, dass Menschenrechte auch mitten in Europa mit Füßen getreten werden.

Auf regionalen Vorbereitungskonferenzen in Tunesien (Afrika), Costa Rica (Lateinamerika/Karibik) und Thailand (Asien) zeichneten sich bereits Allianzen, Fronten gegen die Menschenrechte ab. Die Menschenrechte seien nicht verbindlich. Das heisst, sie müssten vielmehr vor dem religiösen, kulturellen und geschichtlichen Hintergrund des jeweiligen Staates gesehen werden. Vor allem seien Menschenrechte auch vom jeweiligen (wirtschaftlichen) Entwicklungsstand abhängig.

Kein globales Leitbild

Mit anderen Worten bedeutet dies beispielsweise, dass Hexenverbrennungen und Organverstümmelungen in dunklen afrikanischen Staaten nun einmal landesüblich sind, wie auch das Verbrennen von Witwen in Indien ein geschichtlicher Brauch ist. Masaker auf Pekings Platz des Himmlischen Friedens oder im von Indonesien seit 1971 besetzten, von der Uno immer noch als zu Portugal gehörenden Osttimor ebenso zulässige Methode sind wie Folter in Burma oder Kinderarbeit und -prostitution in Asien oder Lateinamerika. In diesen Men-

schenrechts-Kriterienkatalog gehört als Selbstverständlichkeit das Abhacken von Gliedmassen. Amputation heisst dieser Vorgang in der Gerichtsbarkeit einiger islamischer Staaten. Überhaupt, in der islamischen Welt steht die Gemeinschaft der Gläubigen über dem Individuum im staatsrechtlichen Sinne. Eine Auffassung übrigens, die auch in den früheren kommunistischen, sich sozialistisch nennenden Staaten vertreten wurde.

Der Mensch als Individuum mit Rechten ist kein globales Leitbild, ist in Wien die Trennlinie in der Diskussion über Menschenrechte. Zu den politischen und bürgerlichen Rechten sind heute wirtschaftliche und soziale Anrechte getreten wie das Recht auf Nahrung und Bildung. Aber über einer Milliarde Menschen geht das Menschenrecht auf eine halbwegs würdige Existenz ab; sie gelten als «absolut arm».

Aber es sind gerade jene Staaten, die die Verbindlichkeit der Menschenrechte knacken möchten, die wiederum von den reichen Industrienationen mehr Verantwortung für die elenden Menschenmassen auf dieser Erde abverlangen. Die Geberländer sollten aber lästige politische Forderungen nach Verbesserung der Rechtslage der Menschen in den Empfängerländern tunlichst unterlassen.

Durchsetzung?

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 beschwört in pathetischen Worten das (europäische) Erbe des Humanismus und der Aufklärung. Doch das Wichtigste fehlt in dieser Erklärung. Wie wird im Weltmassstab die Wahrung der Würde und der Freiheit des Menschen durchgesetzt? Darauf wird auch Wien keine Antwort geben können.

Gegen internationale Kontrolle, begleitet noch mit der Drohung der Intervention (wie in Somalia und im Irak geschehen), sträuben sich die afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten gleichermaßen vehement. In

diesem Zusammenhang ist wieder – wie zu Zeiten des kalten Krieges – die Rede von «Einmischung in die inneren Angelegenheiten».

Es fehlt an internationalen Kontrollmechanismen. Die Menschenrechte bleiben der Willkür so mancher Regierender, Herrschender überlassen. Aber Wien stärkt alle jene, die, oftmals verfolgt und eingekerkert, in ihren Ländern mutig für die Unteilbarkeit der Menschenrechte eintreten und kämpfen. Das ist die Hoffnung. □

Uno-Hochkommissar für Menschenrechte

Ein Vorschlag der USA sieht die Schaffung eines Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte vor. Das zu gründende Büro des Hochkommissars für Menschenrechte wäre ein «Verfechter und Sprecher für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte auf der ganzen Welt».

- Der Kommissar würde die Durchführbarkeit der Entscheidungen aller Uno-Menschenrechtsorgane überwachen.

- die Verantwortung für Menschenrechtsfragen in den Bereichen Friedenssicherung, Friedensschaffung und humanitäre Hilfsleistungen übernehmen,

- alle Uno-Menschenrechtsprogramme koordinieren sowie die Koordinierung, Zusammenarbeit und den Informationsaustausch unter den Uno-Behörden ermutigen und erleichtern,

- die Befugnis haben, ernsthafte Menschenrechtsverletzungen dem Sicherheitsrat zur Kenntnis zu bringen, wenn sie den internationalen Frieden und die Sicherheit gefährden,

- unabhängig die Befugnis zur Entsendung von Sondergesandten für Wahrheitsfindungsmissionen und zum Ergreifen anderer Initiativen zur Förderung der Menschenrechte haben. □

Christa Liechti-Gerber: Klavier spielen wie Che & Ray

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Darauf, dass sich Technik und Wissenschaft nicht nur zum (kurzfristigen) Wohle des Menschen, sondern auch zum Wohle der Erde entwickeln können.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die allgemein zunehmende Verantwortungslosigkeit (gegenüber Mitmenschen, Kindern, Natur, Tieren usw.).

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Nach einem längeren Aufenthalt auf einer einsamen Insel wäre mir dies wohl klarer...

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Natur, die Überschaubarkeit, die kulturelle Vielfalt.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Das oft sehr enge Denken.

Kurzbiographie

Christa Liechti-Gerber

Zur Person: In Lengwil auf einem Bauernhof aufgewachsen. Besuch der Primarschule in Lengwil-Oberhofen, Sekundarschule und Lehrerseminar in Kreuzlingen. Seit 15 Jahren verheiratet mit Ruedi Liechti. Zwei Kinder: Manuela (14) und Alexander (12½). Seit zehn Jahren im schönen Städtchen Bischofszell wohnhaft.

Alter: 38

Berufliche Stationen: Primarlehrerin, Abteilungsleiterin im Jelmöli-Versand, Haus-

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russels einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Nicht so krass: Bestehendes gibt uns Sicherheit – Veränderungen bringen Unruhe, sind jedoch so nötig wie feste Grundmauern.

Warum sind Sie bei der FDP?

Ich finde hier ein breites Spektrum, wirklich freisinnig, trotzdem sind klare Leitplanken vorhanden.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

De Klerk in Südafrika – er versucht den Weg zu einem friedlichen Miteinander zu finden, trotz Widerständen auf allen Seiten.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch sachliche Argumente, die überprüfbar und gedanklich nachvollziehbar sind.

frau, Teilzeittätigkeit im Büro meines Ehemannes («Zürich»-Versicherungen) und ein kleines Pensum als Primarlehrerin (Stützunterricht), allerdings nur noch bis zu den Frühlingsferien.

Politischer Werdegang: 1989 Eintritt in die Parter und Wahl in die Primarschulbehörde Bischofszell. März 1993 Wahl zur (ersten) Primarschulpräsidentin in Bischofszell.

Liebste Tätigkeit: Reiten, lesen, diskutieren. □



Christa Liechti-Gerber: regelmässig reiten hält sie fit.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Zwei verschiedenartige Wesen, die sich sehr gut ergänzen und noch viel mehr zu echter Partnerschaft finden sollten in Beruf und Politik.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Meine vielfältigen Interessen gehören zu meinen Stärken, können sich aber mitunter auch als Schwäche erweisen.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Ross Campbell: «Teenager brauchen mehr Liebe». – Ein Buch über Erziehungsfragen.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Spaziergänge oder Velotouren mit dem Hund, regelmässig reiten.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Klavier spielen können wie Che & Ray.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Fredy Knie senior. – Er ist ein hervorragender Tierlehrer. □

Der Staat als Förderer der Inflation?

Von 1977 bis 1992 sind die von den Behörden administrierten Preise (direkt bestimmte Festpreise) und die teilweise administrierten Preise (streng kontrollierte Preise) für Güter und Dienstleistungen gesamthaft weniger stark angestiegen (3,1%) als der schweizerische Landesindex der Konsumpreise (LIK) (3,6%), von dem sie mehr als 20% ausmachen. Bei Nichtberücksichtigung des Mietzinsanteils liegt die Zunahme der administrierten und teilweise administrierten Preise jedoch über dem LIK. Andererseits würde sich eine Erhöhung von zehn

Prozent der administrierten und teilweise administrierten Preise gesamthaft mit 1,6% auf den Landesindex der privaten Konsumpreise (LIPK) auswirken. Dies sind die wichtigsten Schlussfolgerungen einer Studie, die im Auftrag der Genfer Industrie- und Handelskammer (CCIG) und des Genfer Arbeitgeberverbandes (FSP) von Eco'diagnostic und dem Wirtschaftsinstitut Laboratoire d'économie appliquée der Universität Genf durchgeführt und unter dem Titel «L'Etat, moteur de l'inflation?» veröffentlicht wurde.

In den achtziger Jahren zeigten die administrierten Preise (mit Ausnahme der teilweise administrierten Preise) jedoch ein schlechteres Verhalten als der LIK auf, und seit Juli 1991 herrscht sogar ein eigentlicher Boom. Die oben erwähnte Studie kommt unter anderem zum Schluss, dass der «Staat somit direkt zur Inflation beigetragen hat», insbesondere auf Grund der ausserordentlich starken Erhöhung der Spitaltarife sowie der Radio- und Fernsehkonzessionen.

Obwohl die Ergebnisse für die berücksichtigte Zeitspanne weniger beunruhigend als befürchtet ausgefallen sind, weisen sie folgendes auf:

- das Risiko einer Inflationszunahme als Folge kumulativer, vom Staat gebilligter Preiserhöhungen (insbesondere nach den kürzlich getroffenen Entscheidungen von SBB, PTT, SRG, Haftpflichtversicherungen).
- die stark differenzierte Entwicklung der administrativen und teilweise administrativen Preise sowie
- das Bedürfnis nach einer ausgewogeneren, mässigeren Anpassung der Preise. Dies bedeutet, dass eine bessere Angleichung an die Preisentwicklung erforderlich ist, wenn nötig durch eine Veränderung der Entscheidungsstruktur (Entpolitisierung) oder sogar der Rechtsgrundlage der betroffenen Unternehmen (Anpassung an die Marktmechanismen).

Zweiter wichtiger Beitrag dieser Studie: die Auswirkung der Treibstoffpreiserhöhung auf den Landesindex der privaten Konsumpreise. Zum erstenmal haben Forscher in

ihrer Gesamtheit alle direkten und indirekten Auswirkungen der Preiserhöhungen berechnet. Wenige Wochen vor der eidgenössischen Abstimmung über die Treibstoffzollerhöhung zeigte sich, dass der LIPK bei einer Zunahme von 16,7 Rappen um 0,56% und bei 25 Rappen um 0,84% ansteigen wird.

Diese Berechnungen haben ausserdem erlaubt, die Auswirkung einer durchschnittlichen Erhöhung von zehn Prozent der administrativen und teilweise administrativen Preise aufzuzeigen. Der LIPK würde dann um 1,6% ansteigen, wobei 16% indirekte Auswirkungen wären (zum Beispiel steigen durch die Benzinpreis-

erhöhung indirekt die Preise der Liefergüter an).

Obwohl es sich um Ergebnisse handelt, die zu Diskussionen Anlass geben könnten, wurden schliesslich Berechnungen für einen befürchteten Treibstoffpreis von drei beziehungsweise fünf Franken pro Liter angestellt. Die Gesamterhöhung des LIPK würde sodann 6,36% beziehungsweise 13,05% betragen!

Die Veröffentlichung der Publikation «L'Etat, moteur de l'inflation?» mit ihren neuen, überraschenden und einigen Vorurteilen widersprechenden Ergebnissen ist ein Beitrag von den Vertretern der Genfer Privatwirtschaft zu einem besse-

ren wissenschaftlichen Verständnis der Schweizer Wirtschaft, insbesondere auf Grund der Untersuchung der Entwicklung der administrierten und teilweise administrierten Preise während der letzten fünfzehn Jahre sowie der Berechnung der indirekten Auswirkungen bei Preiserhöhungen. Diese Studie sollte längerfristig eine bessere Regelung der Anpassungsmodalitäten der administrativen Preise an die allgemeine Preiserhöhung erlauben. PD

Die Studie «L'Etat, moteur de l'inflation?» (102 Seiten) kann bei der CCIG, Telefon (022) 311 53 33, oder der FSP, Telefon (022) 310 03 63, zum Preis von Fr. 30.- bestellt werden.

Neue Strombroschüre

Zahlreiche Stromanwendungen prägen, häufig ohne dass wir es wissen, unseren Alltag. Zudem sind wir uns kaum bewusst, dass jede Kilowattstunde, die gebraucht wird, im selben Augenblick produziert und verteilt werden muss.

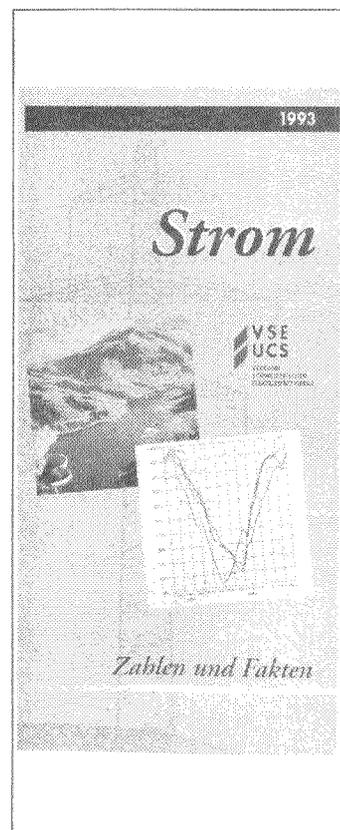
Die neue Strombroschüre des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) möchte diese Zusammenhänge veranschaulichen. Sie vermittelt in knapper Form und in einfacher Sprache Basiswissen über Strom. Dazu gehören die wichtigsten Produktions- und Verbrauchszahlen, ein kurzer Überblick über die verschiedenen bewährten und neuen Stromerzeugungsarten, der Weg vom Kraftwerk zum Kunden sowie ein kleines Stromlexikon.

Anhand konkreter Zahlenbeispiele wird der Bezug zwi-

schen der Welt des Konsumenten und derjenigen des Produzenten hergestellt. So erfährt man zum Beispiel, dass das Wasserkraftwerk Laufenburg in einer Stunde gerade soviel Strom produziert, um den Betrieb von 600 000 Fernsehgeräten zu gewährleisten. Oder dass eine Kilowattstunde Strom ausreicht, um tausend A4-Seiten zu kopieren, ein Mittagessen für vier Personen zu kochen und vieles mehr.

VSE

Die farbige Broschüre «Strom – Zahlen und Fakten» (Taschenformat 10,5x21 cm) zählt 28 Seiten und ist auf deutsch, französisch und italienisch erhältlich. Einzel Exemplare können kostenlos bei den Elektrizitätswerken oder beim Verband schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE), Postfach 6140, 8023 Zürich, bezogen werden.





Die Finanzlage ist ernst, sehr ernst. Nicht nur in der Bundeskasse, auch in den kantonalen und kommunalen Haushalten klafft ein Loch. Und die Perspektiven verheissen keine Verbesserung. Wie konnte es so weit kommen? Welche Lösungen, die sich auch durchsetzen lassen, schlagen die Politiker vor? Welche Rolle spielt die Mehrwertsteuer in diesem ganzen Komplex? – Fragen über Fragen, die wir dem Finanzspezialisten FDP-Nationalrat Gerold Bührer (SH) stellten.

Nationalrat Gerold Bührer: «Eine Konjunkturerholung allein reicht bei weitem nicht aus, um das Loch in der Bundeskasse zu stopfen».
(Photo ruti)

«Wer tabuisiert, beschert unserem Land übermorgen eine Rosskur»

Interview:
Anna-Marie Kappeler

Für die nächsten Jahre sind in der Bundeskasse Löcher in Milliardenhöhe prognostiziert. Wie konnte es so weit kommen?

Gerold Bührer: «In erster Linie ist die gewaltige Scherentwicklung zwischen Einnahmen und Ausgaben durch eine massiv über dem Wirtschaftswachstum liegende Ausgabensteigerung verursacht worden. Die internationale Wirtschaftskrise spielt dabei natürlich zusätzlich eine Rolle. Seit 1987 stiegen die Bundesaus-

gaben jedes Jahr stärker als das Bruttoinlandprodukt (BIP). Allein von 1990 bis Ende 1992 legten die Bundesausgaben um gegen knapp dreissig Prozent zu.

Wenn es nicht gelingt, ein wirklich tiefgreifendes Sanierungsprogramm durchzusetzen, dann dürften die Prognosen des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) sehr wahrscheinlich eintreffen, das heisst, wir hätten dann in den nächsten Jahren in der Finanzrechnung Defizite von fünf bis sieben Milliarden.

Erschwerend kommt dazu, dass gut die Hälfte dieses Defizits struktureller Natur ist, d. h., eine Konjunkturerholung allein reicht bei weitem nicht

aus, um das Loch in der Bundeskasse zu stopfen.»

Sind diese Prognosen in der Tat realistisch?

Gerold Bührer: «Diese Prognosen sind sehr realistisch. Sie gehen zwar nicht von einer deutlichen Wirtschaftserholung aus, rechnen aber immerhin vom kommenden Jahr an wieder mit einem realen Wachstum sowie mit anhaltend niedriger Teuerung und tiefen Zinssätzen. Dies bedeutet, dass in einem hoffentlich nicht eintretenden Szenarium, in dem sich die Wirtschaftserholung noch länger hinausschieben würde, diese Defiziteinschätzungen sogar noch zu optimistisch wären.»

Wurden Fehler in der Finanzpolitik gemacht?

Gerold Bührer: «Zurückblickend muss zweifellos festgehalten werden, dass man zu lange ein deutlich überhöhtes Ausgabenwachstum geduldet hat. Diese Politik konnte relativ lange ohne Schaden bleiben, weil als Folge des starken wirtschaftlichen Booms in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch die Steuererträge überdurchschnittlich stark gewachsen sind. Es wurde zu spät erkannt, dass nicht nur ein Konjunkturerinbruch kommen, sondern dieser noch durch

Fortsetzung auf Seite 6

massive Strukturanpassungen überlagert werden würde.

Andererseits haben die Stimmberechtigten auf der Einnahmenseite, ich erinnere an die gescheiterte Mehrwertsteuervorlage (MWST) von 1991, an der Urne die nötigen Anpassungen, wie wir wissen, nicht mitgetragen. Mit ein Grund für die Ablehnung war, dass in dem MWST-Paket zu viele Schritte einbezogen worden waren.

Wie stehen wir eigentlich im internationalen Vergleich da?

Gerold Bührer: «Bezüglich Staats- und Steuerquote stehen wir im internationalen Vergleich noch gut da. Nehmen wir beispielsweise die Fiskalquote, d. h. die Steuer- und Sozialabgaben gemessen am Bruttoinlandprodukt: Von den massgeblichen Industrieländern hatten 1991 lediglich die USA und Japan leicht niedrigere Fiskalquoten als die Schweiz.

Hingegen ist besorgniserregend, dass wir jenes Land sind, in dem diese Abgabenquote seit 1970 am stärksten gestiegen ist. In gewissen anderen Ländern ist sie sogar gesunken. Seit 1970 hat die Fiskalquote in unserem Land um über 30 Prozent auf 31,4 Prozent zugenommen. Dies heisst ganz klar, dass es uns in den nächsten Jahren gelingen muss, diese gefährliche Entwicklung zu stoppen. Sonst laufen wir Gefahr, den für den Wirtschaftsstandort Schweiz bedeutsamen Steuervorteil mehr und mehr einzubüssen. Damit würden wir auch den Arbeitsmarkt belasten.»

Wenn in einem privaten Haushalt das Budget nicht mehr aufgeht, muss man sparen, damit man aus den Schwierigkeiten kommt. Trifft das nicht auch auf den Bund zu?

Gerold Bührer: «Es ist meines Erachtens unumgänglich, dass die massiven Defizite mittelfristig ausgeglichen werden. Der Teufelskreis von hohen Defiziten und damit eingegengtem Spielraum in der Geldpolitik hätte fatale Folgen. Ich halte es auch für verfehlt, sehr stark auf zusätzliche Einnahmen zu schieben, wie es der Finanzminister macht. Der vorhin erwähnte, deutlich über unserem Wachstumsvermögen liegende Ausgabenanstieg macht klar, dass das Sparen, und zwar bei den laufenden Ausgaben, im Vordergrund stehen muss.

Steuerliche Mehrbelastungen könne nur subsidiär, und zwar bei den indirekten Steuern, durch die nun vom Parlament verabschiedete MWST in Betracht gezogen werden. Dies aus zweierlei Gründen:

1. halte ich es für politisch und psychologisch nicht machbar, den Bürgern und der Wirtschaft massiv höhere Steuern abzuverlangen.
2. wäre dies längerfristig eine verfehlt Politik, weil durch das beliebige Drehen der Steuerspirale die Leistungsbereitschaft unserer Gesellschaft und Wirtschaft sowie die internationale Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt würden. Eine solche Steuerpolitik würde letztlich zu einem gefährlichen Bumerang werden.»

Im Grunde genommen geht es dabei auch um die Rolle, die man dem

Staat gibt. Wie würden Sie diese heute definieren?

Gerold Bührer: «Zweifelloos ist hier die grundsätzliche Frage nach der Rolle des Staates angeschnitten. Ich glaube, dass wir nicht darum herumkommen, in verschiedenen Bereichen Entwicklungen der letzten Jahre kritisch zu hinterfragen. Dabei darf es keine Tabus geben. Wer jetzt alles und jedes tabuisieren will, beschert unserem Land übermorgen eine eigentliche Rosskur, wie sie einige früher von den Sozialdemokraten gehuldigten nordischen Staaten verabreichten mussten.

Es sind verschiedene Bereiche, die in den letzten Jahren besonders stark gewachsen sind, primär angesprochen: so etwa der Verkehrs- und Sozialbereich sowie die Beziehungen zum Ausland. Es wird ganz generell eine politische Prioritätsordnung erstellt werden müssen. Vom kostenspieligen Perfektionismus ist entschieden abzurücken.

Es wird darum gehen müssen, sich – ohne die grundlegende, vor allem auch soziale, Aufgabe des Staates bestreiten zu wollen – stärker auf die schwergewichtigen Bedürfnisse zu konzentrieren. Gerade in der Sozialpolitik müssen die an vielen Orten zu allgemeinen Programme zielgerichteter werden. Eine Grundversorgung durch den öffentlichen Verkehr bleibt beispielsweise unbestritten. Vielerorts müssen aber dafür effizientere Lösungen realisiert werden, das heisst eine vermehrte Umstellung von der Schiene auf den Bus.

Die Freisinnigen wollen deregulieren. Was kann dabei für die Bundeskasse heraus schauen?

Gerold Bührer: «Oberstes Ziel der Deregulierung ist es ja, durch mehr Markt im Innern sowie die Öffnung der Märkte nach aussen die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Unmittelbar wird diese Revitalisierung des Wirtschaftsstandortes Schweiz, wie der Vorgang auch genannt wird, die Bundeskasse nicht direkt alimentieren. Es handelt sich hier jedoch um eine mittelfristig unumgängliche Stossrichtung, welche durch die da-

mit verbundene Stärkung der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft indirekt dann eben längerfristig auch die Steuerkraft positiv beeinflussen wird. Das kommt dann der Bundeskasse zugute. Es wäre deshalb falsch, wie es die Linke seit einiger Zeit tut, aus der kurzfristigen Betrachtung heraus, diese Reformen nicht ernst zu nehmen.

Gerade die Sozialwerke kosten viel Geld. Inwieweit lässt sich bei der AHV, bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) oder bei den Krankenkassen sparen? Was bedeutet das für den Einzelnen?

Gerold Bührer: «In allen diesen bedeutenden Sozialeinrichtungen muss es für uns Freisinnige oberstes Ziel sein, die eben nur noch beschränkt wachsenden Mittel gezielter einzusetzen. Dies bedeutet sowohl bei der AHV wie bei der ALV und den Krankenkassen, dass zusätzliche Finanzmittel primär der Unterstützung der Bedürftigen in unserer Bevölkerung zugute kommen müssen. Allgemeine Leistungsverbesserungen zugunsten aller Versicherten können nicht mehr wie früher gemacht werden.

Insbesondere bei der AHV wird auf Grund der massiven Überalterung die Frage des Pensionierungsalters nicht mehr länger hinausgeschoben werden können. Dies fordert die FDP bereits seit einiger Zeit. Wichtig dabei ist, dass die nun in der 10. AHV-Revision eingebrachte Flexibilisierung beim Rentenalter flankierend eingeführt wird.»

Glauben Sie, dass das Parlament bereit ist zu harten Sparübungen? Werden nicht immer wieder – besonders vor den Wahlen – Partikularinteressen durchgeboxt?

Gerold Bührer: «Es ist eindeutig feststellbar, dass das Parlament gegenüber der Notwendigkeit von Sparmassnahmen einsichtiger geworden ist. Glücklicherweise beurteilen auch die Stimmberechtigten und somit die Wähler das Umfeld realistischer und nüchterner. Ich schliesse daraus, dass – wie in anderen Ländern, die



Nationalrat Gerold Bührer: «Die Prognosen rechnen mit anhaltend niedriger Teuerung und tiefen Zinssätzen». (Photo Stahl)

in einer solchen Situation waren – die Bereitschaft, da und dort mit den Ansprüchen zurückzutreten, steigt. Es wird aber zweifellos auch entscheidend sein, dass es uns gelingt, die Botschaft schlicht und überzeugend zu vermitteln.

Inwieweit hat die aktuelle Diskussion um die Mehrwertsteuer (MWSt) mit der desolaten Lage in der Bundeskasse zu tun?

Gerold Bührer: «1994 läuft die Finanzordnung in der Bundesverfassung aus. Wir brauchen also so oder so eine neue Verfassungsgrundlage für die Einnahmen des Bundes.

Dem Wechsel vom System der Warenumsatzsteuer (WUST) zur MWSt kommt im Hinblick auf die Bundeskasse eine entscheidende Bedeutung zu. Dies insbesondere, wenn man beachtet, dass in unserem Land die indirekten Steuern lediglich leicht über zwanzig Prozent ausmachen. In einer Volkswirtschaft, in der bekanntlich die Dienstleistungen stark zugenommen haben, ist es vom Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit sowie der Wettbewerbsfähigkeit nicht länger gerechtfertigt, nur die Güter, wie dies die WUST tut, zu besteuern.

Allein schon der Systemwechsel mit dem unveränderten Satz von 6.2 Prozent brächte Mehreinnahmen von ungefähr einer Milliarde Franken und würde die Nachteile der



Nationalrat Gerold Bührer an einer Veranstaltung des FDP-Pressverbandes.

Taxe occulte, insbesondere für unsere Exportwirtschaft, aufheben.»

Viele glauben den Bürgerlichen nicht, dass sie sich im Abstimmungskampf voll und ganz für den höheren Satz von 6,5 Prozent einsetzen werden. Auch in den Reihen der FDP gibt es bekanntlich einige, die für 6,2 Prozent Mehrwertsteuer sind.

Gerold Bührer: «Auf dem Abstimmungszettel wird man sowohl zum Systemwechsel als auch zur Höhe des Steuer-

satzes Stellung nehmen können. Dies ist nicht einfach eine billige Schlangenfängerei. Im Gegenteil: zum erstenmal können sich die Stimmberechtigten klar äussern. Dadurch hat die Vorlage abstimmungspsychologisch die bessere Chance. Das stand im Zentrum unserer Überlegungen. Es ist daher unverständlich, dass Bundesrat Stich und mit ihm ein Teil der Sozialdemokraten deswegen ein derartiges Polittheater aufführen. Ob wir bei den Stimmberechtigten auch 6.5 Prozent durchbringen, wird sehr stark davon abhängen, wie gut unsere Überzeugungsarbeit schliesslich ankommt.»

Problem Arbeitslosigkeit: Wie beurteilen Sie es menschlich und wirtschaftlich?

Gerold Bührer: «Viel mehr als die nackten Zahlen belastet mich natürlich die Arbeitslosigkeit in ihrer menschlichen Dimension. Besonders betroffen machen mich jene Arbeitslose, die sich während vielen Jahren für ihre Aufgabe eingesetzt haben und es wegen des fortgeschrittenen Alters schwer haben, wieder unterzukommen. Aber auch von der wirtschaftlichen Betrachtungsweise her ist die Arbeitslosigkeit mit den damit verbundenen Sozialaufwendungen und dem Ausfall von volkswirtschaftlicher Wertschöpfung eine Hypothek.

Wir alle zusammen – und damit meine ich Politiker sowie Arbeitgeber und Arbeitnehmer – müssen daher der Lösung dieses Problems höchste Priorität einräumen. Angesichts des weltweit härter gewordenen Wettbewerbs muss es unser aller Bestreben sein, die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft weiter zu verbessern. Nur dadurch lässt sich auf mittlere Sicht auch die Arbeitslosigkeit wieder nachhaltig abbauen. Wer an diesen Zusammenhängen vorbei sieht, mit publizitätsträchtigen Slogans dem Problem Herr zu werden, tut unserem Land und insbesondere dem Arbeitsmarkt keinen guten Dienst.» □



Sicher nicht die Lage der Bundesfinanzen war in dieser Runde das Thema (von links): Nationalrat Toni Dettling (SZ), Ständerat Hans Bisig (SZ), Nationalräte Gerold Bührer (SH) und Christian Miesch (BL). (Photos ruti)

Berichtigung**Es war die GSF und nicht die VSF**

Im Kurzinterview mit Nationalrat Jean-Pierre Bonny (BE) hat sich in «Freisinn» Nr. 5/1993 leider ein Fehler eingeschlichen: Statt die Genossenschaft für Schlachtvieh- und Fleischversorgung (GSF) wurde die Vereinigung schweizerischer Futtermittelfabrikanten (VSF) als halbstaatliche Organisation erwähnt. Die VSF ist keine halbstaatliche Organisation, sondern ein selbständiger Berufsverband. Nicht die VSF muss daher «unter die Lupe genommen werden», sondern die GSF. Wir bitten die VSF um Entschuldigung! □

FDP-Vorstösse**Marktwirtschaftliche Erneuerung**

Die schweizerische Volkswirtschaft durchläuft eine schwierige Phase. Investitionen gehen in einem beunruhigenden Ausmass zurück mit allen negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungslage und das Steueraufkommen. Vertrauensfördernde Massnahmen für den Standort Schweiz und eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit sind vordringlich.

Unabhängig vom Ausgang der EWR-Abstimmung war immer klar, dass zur Erreichung dieser Ziele ein innenpolitischer Handlungsbedarf besteht. Bereits am 20. Januar 1993 hat der Bundesrat, gestützt auf umfangreiche Vorarbeiten, unter Federführung des Volkswirtschaftsdepartementes ein erstes sogenanntes Revitalisierungsprogramm angekündigt und dem Parlament mit Botschaft vom 24. Februar 1993 eine programmatische Übersicht vorgestellt.

Die einzelnen Schritte waren mit inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben für deren Realisierung begleitet. Der Umsetzungsprozess jedoch scheint zu stagnieren. Es ist aber unerlässlich, dass den Worten Taten folgen.

Gestützt auf diese Ausgangslage, bitten wir den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

● Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass nach dem Nein des Schweizervolkes zum

EWR-Vertrag die aus eigener Kraft zu lösenden Hausaufgaben zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit noch wichtiger geworden sind?

● Ist der Bundesrat bereit, den Anfang dieses Jahres bekanntgegebenen Zeitplan für das erste Paket gesetzgeberischer Massnahmen schwergewichtig im Bereich Kartellrecht, Binnenmarktgesetz, Beschleunigung der Verfahren und Arbeitsmarkt einzuhalten?

● Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass nicht nur der Bundesrat und seine Verwaltung in diesen Zeitplan einge-

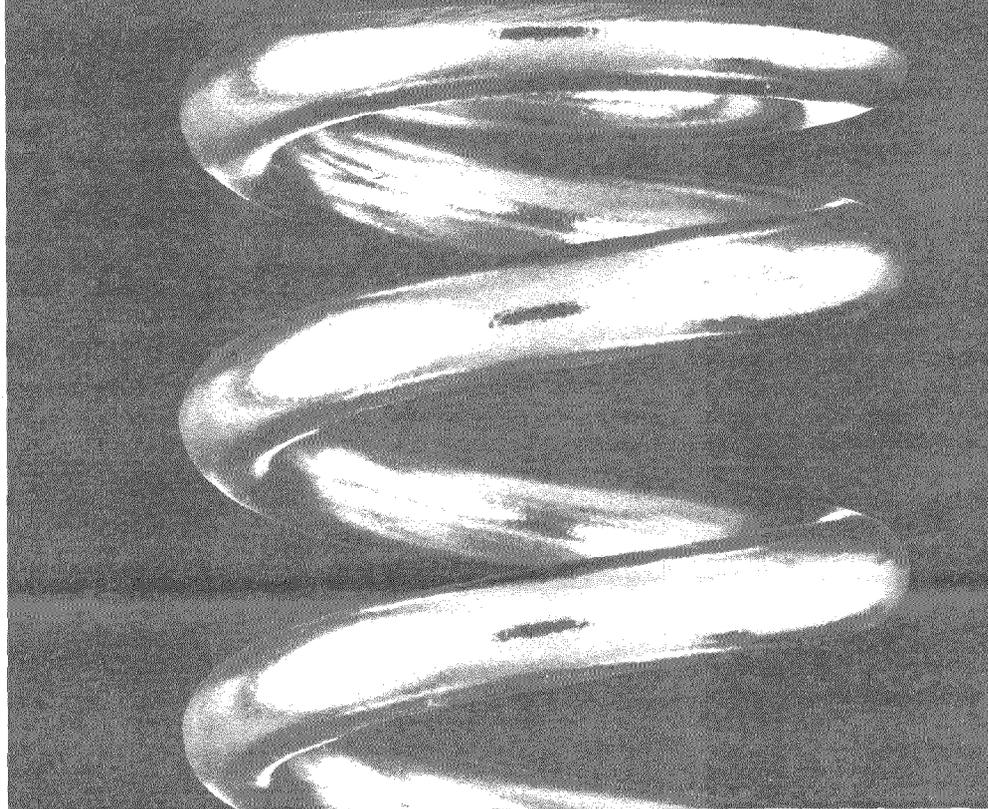
bunden werden müssen, sondern auch alle anderen Beteiligten, so die Adressaten der Vernehmlassung, die vorbereitenden parlamentarischen Kommissionen und schliesslich das Parlament?

● Bei der Vorbereitung des EWR-Vertrages hat sich die gebündelte Behandlung der notwendigen Vorlagen als sehr wirksam erwiesen. Ohne dieses Vorgehen wäre das Parlament nicht in der Lage gewesen, die grosse Arbeit zeitgerecht zu bewältigen. Könnte der Bundesrat mit dem dringenden internen Revisionspa-

ket das gleiche Vorgehen unterstützen, indem dem ersten Revitalisierungspaket im Verlaufe des Jahres 1994 spezielle Sessionstage zu reservieren sind, damit die geplanten Massnahmen ab 1. 1. 1995 in Kraft gesetzt werden können?

● Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass eine rasche gesamthafte Inkraftsetzung der notwendigen marktwirtschaftlichen Erneuerung den Wirtschaftsstandort Schweiz nachhaltiger stärkt als eine schrittweise Inkraftsetzung von Einzelmassnahmen? □

FEDER FÜHREND



BAUMANN + CIE AG

Federnfabrik, CH-8630 Rüti

Tel. 055/848 111

Telex 875 606, Fax 055/848 511

Öffentliches Beschaffungswesen als Dauerbrenner

Das öffentliche Beschaffungswesen wird zum wirtschaftspolitischen Dauerbrenner auf allen staatlichen Ebenen. Was den Binnenmarkt Schweiz angeht, so streben die Kantone für diesen Bereich eine gegenseitige Marktöffnung mittels eines Konkordatsvertrages an. Auf internationaler Ebene wird zur selben Sache im Rahmen der Uruguay-Runde verhandelt. Ziel dieser Verhandlungen ist es, die nationalen Beschaffungsverfahren zugunsten eines diskriminierungsfreien Marktzutritts zu liberalisieren.

 Sven Bradke¹

Die Verhandlungen über die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens werden zwar im Rahmen der Uruguay-Runde des Gatt geführt, rechtlich zählen sie aber nicht zum sogenannten «Single Package». Eine solche Trennung gewährleistet, dass auch jene Staaten dem Submissionskodex beitreten können, die dem Gesamtpaket der Uruguay-Runde ablehnend gegenüberstehen.

Für die Schweiz bedeutet dies, dass ein Beitritt zum Submissionskodex unabhängig vom restlichen Inhalt der laufenden Welthandelsrunde beurteilt werden kann.

Dieser Beitrag konzentriert sich deshalb ausschliesslich auf die Zielsetzung und den Inhalt dieses speziellen Kodexes.²

Nichts Neues

Ein Gatt-Submissionskodex ist von der Sache her nichts Neues. Seit 1981 besteht ein Abkommen zum öffentlichen Beschaffungswesen, das von den wichtigsten Welthandelsländern auch ratifiziert und angewandt wurde.³

Wegen verschiedener inhaltlicher Mängel hat dieses Vertragswerk jedoch nicht zur gewünschten Öffnung der nationalen Beschaffungsmärkte geführt. So fallen etwa die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nicht unter den Kodex. Auch Dienstleistungen und konzessionierte Sektoren wie Energie, Wasser, Telekommunikation und Verkehr sind von einer internationalen, diskriminierungsfreien Ausschreibung befreit.

Liberalisierung

Der neue Gatt-Submissionskodex berücksichtigt die genannten Defizite. Neben Vorschriften für regionale und lokale Beschaffungsinstanzen, der Aufnahme der Dienstleistungen sowie der konzessionierten Sektoren soll neu

auch eine individuelle Rechtsmittelmöglichkeit Bestandteil des Vertrages werden. Ziel aller Massnahmen ist es, die protektionistischen, nationalen Beschaffungsverfahren zugunsten eines diskriminierungsfreien gegenseitigen Marktzutritts zu liberalisieren. Ab einer Beschaffungssumme von 130 000 Sonderziehungsrechten (SDR) auf Bundesebene, 180 000 SDR auf regionaler und lokaler Ebene sowie ab 450 000 bei öffentlichen Bauten sollen staatliche Käufe international ausgeschrieben werden. Dabei stehen drei Vergabeverfahren zur Verfügung: das offene Verfahren, das selektive Verfahren und das freihändige Verfahren.

Beim offenen und beim selektiven Verfahren sind die staatlichen Stellen verpflichtet,

sämtliche Teilnahmebedingungen rechtzeitig zu veröffentlichen. Im selektiven Verfahren sind zusätzlich noch die Liste der «ausgewählten» Lieferanten sowie die Kriterien zur Erlangung dieses besonderen Status zu nennen. Das freihändige Verfahren darf die ausschreibende Stelle nur dann verwenden, wenn das offene und das selektive Verfahren untauglich sind. Als Schutz vor Missbräuchen unterliegen alle Verfahren den Gatt-Prinzipien der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung.

Den Zuschlag erhält jener Anbieter, der die niedrigste Offerte anbietet oder die ausgeschriebenen Kriterien am besten erfüllt. Wird ein Anbieter widerrechtlich übergangen, soll eine unabhängige Rekursinstanz den Vergabeentscheid überprüfen können.

Die Rekursinstanz kann dabei das laufende Vergabeverfahren aussetzen oder dem Betroffenen Schadenersatz zusprechen. Im weiteren sollen Re-

Fortsetzung auf Seite 13

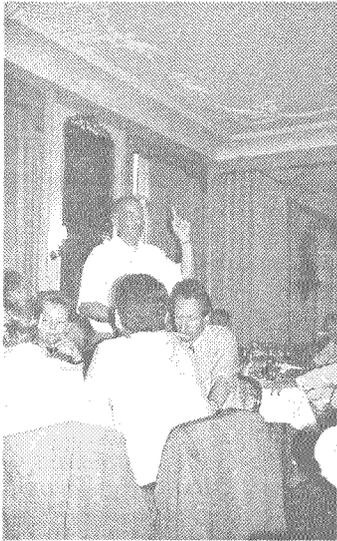


Öffentliche Bauten sollen kostengünstig erstellt werden. Fest steht: Eine Liberalisierung beim Beschaffungswesen würde die öffentlichen Haushalte entlasten. (Photo Stahl)

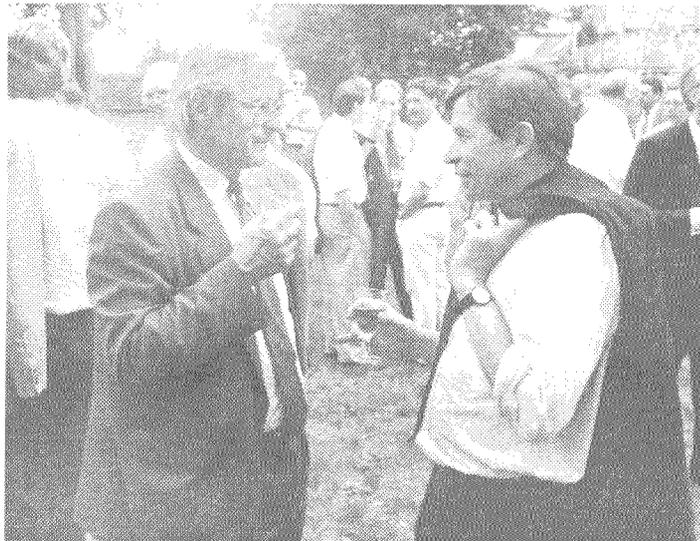
¹ Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung (SIASR) an der Hochschule St. Gallen unter Prof. Hauser, Präsident der FDP der Stadt St. Gallen. Arbeitet gegenwärtig an einer wirtschaftspolitischen Studie im Rahmen des NFP 28 (Nationalfondsprogramm 28).

² Zum Gesamtpaket des Gatt vgl. «Freisinn» 4/93.

³ Zu den Signatarstaaten zählen die EG- und EFTA-Staaten (ohne Island), die USA, Kanada, Japan sowie Hongkong, Singapur und Israel.



Fraktionspräsident Pascal Couchepin (VS).



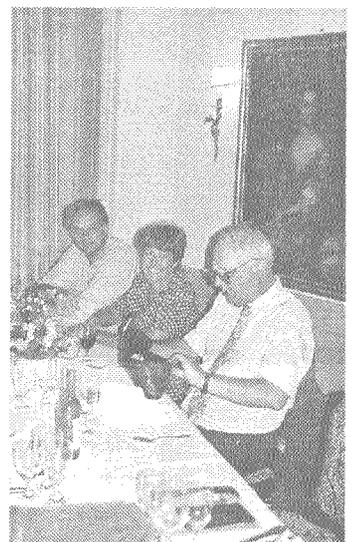
Parteipräsident Franz Steinegger im Gespräch mit Jean-Frédéric Bütikofer, Vorsteher der PTT-Direktion Netze.



Die FDP-Pressesprecherin im Clinch.



Nationalrat Willy Loretan (AG) im Museum Altes Zeughaus für einmal mit einem echten Zweihänder.



Gemeinsam Solothurner.



Bundesrat Delamuraz: Sinn für grosse Gesten.



Von links: Ständerat Schiesser (GL), Werner C. Hug, Nationalrat Dettlin, Ständerat Bisig (SZ) sowie Nationalrat Bühler (SH).



In der Menge entdeckt: Staatssekretär Jakob Kellenberger.



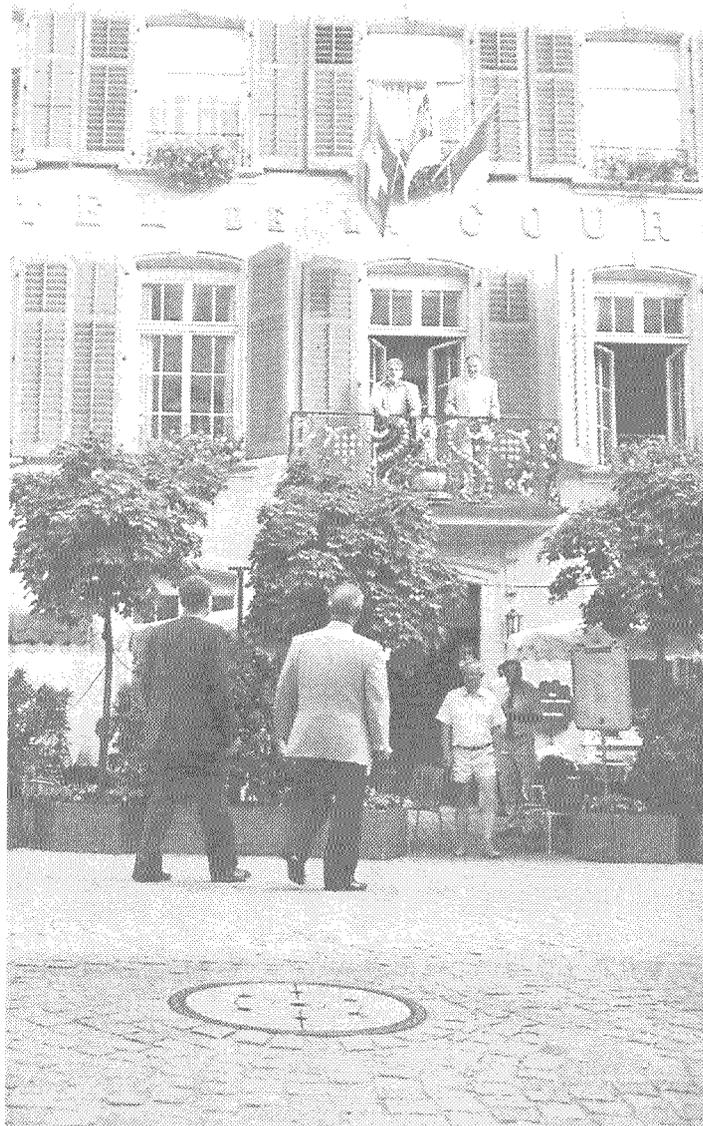
Einen Hang zu fliegenden Objekten bekannte Bundesrat Villiger.

Glaubt die FDP an den Storch?

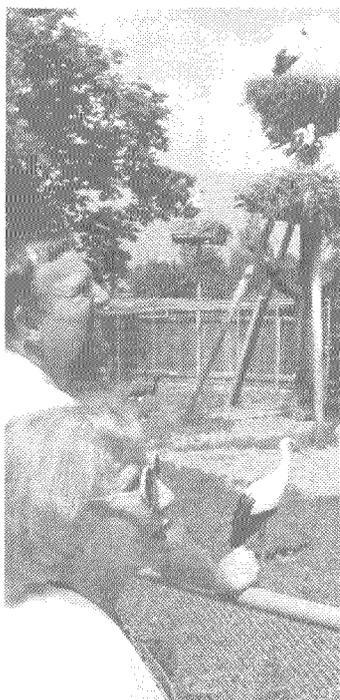
AMK. Zu tiefgreifenden Interpretationen und Spekulationen Anlass gab das diesjährige Ziel des Ausflugs der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung: die Storchensiedlung im Solothurnischen Altreu. Sind Nachwuchssorgen der Grund? Oder wollte die FDP-Fraktion Bundesrat Villiger mit «fliegenden Objekten» eine Freude machen? Oder glaubt die FDP ganz einfach an den Storch?

Die Frage bleibt unbeantwortet. Voll auf die Rechnung aber kam bei den Solothurner Freisinnigen das gesellige Beisammensein der eidgenössischen Parlamentarier mit ihren Bundesräten, dem Bundeskanzler, der Sekretärin der Bundesversammlung, den Bundesrichtern, den aktiven und bereits pensionierten freisinnigen Beamten sowie den Journalisten.

(Photos Sprich und Stämpfli)



Die da oben (Bundeskanzler François Couchepin und Fraktionspräsident Pascal Couchepin) und die da unten (Bundesräte Villiger und Delamuraz).



Nationalrätin Geneviève Aubry (BE) und Blaise Roulet.



Der Begründer der Storchensiedlung, Max Blösch, mit Nationalrat Urs Scheidegger (SO) und Brigadier Eugénie Pollak.



Nationalrätin Vreni Spoerry mit kritischem Blick.

FDP-Position

Klare Zielvorstellungen fehlen

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren über die Regierungsreform 1993 eröffnet. Die FDP begrüsst es, dass der Bundesrat in dieser Sache handelt. Angesichts der Dringlichkeit einer Regierungsreform erachtet die FDP für diesen ersten Schritt auch den Weg über die Reform des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes als rich-

tig, da er bedeutend schneller ist als der Weg über eine Verfassungsänderung.

Auf Kritik stösst bei der FDP, dass der Bundesrat in seinem Bericht keine klaren Vorstellungen über weitergehendere Reformschritte entwickelt. Klare Vorstellungen über das Ziel aber sind nach Meinung der FDP auch für die ersten Reformschritte notwendig, damit diese in die richtige Richtung gehen.

Die FDP, die den Reformprozess unter Federführung ihrer Ständeräte René Rhinow

(BL) und Gilles Petitpierre (GE) in der Märzsession 1990 in Gang gebracht hat, wird nun die vom Bundesrat konkret vorgeschlagenen Lösungen auf ihre Tauglichkeit hin eingehend prüfen. Dabei wird insbesondere die Rolle der Staatssekretäre einlässlich zu diskutieren sein. □

Freude über klaren Entscheid

Die FDP freut sich über die deutliche Ablehnung beider Initiativen durch Volk und Stände

am 6. Juni 1993. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben einen Entscheid gefällt, der von grosser staatspolitischer Verantwortung zeugt. Trotz einem von seiten der Initianten massiv und teilweise demagogisch geführten Abstimmungskampf haben sie erkannt, dass beide Initiativen die Armee geschwächt und die vom EMD-Chef eingeleitete neue Sicherheitspolitik gefährdet hatten. □

**Jahresbericht
Rapport annuel**

Die Arbeit der
Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz
und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion
der Bundesversammlung

L'activité du
Parti radical-démocratique suisse
et du Groupe radical-démocratique
de l'Assemblée fédérale

92/93

FDPO PRDO PLRO

Ich bestelle:

_____ **Ex. Jahresbericht 92/93**
(1 Ex. gratis, 163 Seiten, dt./frz.)

Name: _____ Vorname: _____

Str./Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.
Fax (031) 21 19 51

BADRUTT'S
PALACE
HOTEL ST. MORITZ

GRILL ROOM · RESTAURANT
ACAPULCO SNACK BAR
MEXICAN GARDEN BAR
HALLE (MIT PIANIST)
RENAISSANCE BAR
KING'S CLUB DISCOTHEK

Unter gleicher Leitung:

CHESA VEGLIA

PATRIZIERSTUBEN
GARTENTERRASSE
PIZZERIA
BAR

ST. MORITZ

Fortsetzung von Seite 9

gierungen bei vertragswidrigem Verhalten das Recht haben, ein multilaterales Streit-schlichtungsverfahren einzuleiten.

Vorteile

Der neue Submissionskodex verspricht den internationalen Wettbewerb, um staatliche Käufe massgebend zu intensivieren sowie die öffentlichen Haushalte graduell zu entlasten. Schätzungen gehen von einem weltweiten Submissionsvolumen von rund 2500 Milliarden Schweizerfranken aus. Diese Summen wurden bisher weitgehend vor ausländischer Konkurrenz geschützt.

Eine Öffnung des Beschaffungswesens bedeutet aber nicht nur mehr Wettbewerb, sondern auch gesicherte und einklagbare Marktzutrittsrechte für Schweizer Unternehmen. Die vorgeschlagene Gatt-Regelung würde gleichsam etwelche Diskriminierungen schweizerischer Anbieter bei EG-Ausschreibungen wettmachen. Insofern fängt der Gatt-Kodex gewisse Benachteiligungen auf, die durch das EWR-Nein entstanden sind.

Schliesslich würde diese Regelung auch dazu führen, dass den politischen Instanzen im In- und Ausland der Boden für wettbewerbsverzerrende Wahlgeschenke zukünftig entzogen wäre.

Fazit

Ein Beitritt der Schweiz zum neuen Gatt-Submissionskodex muss angestrebt werden. Es wäre aus wirtschaftlicher Sicht geradezu fatal, wenn unsere Anbieter neben den EG-Beschaffungen auch noch auf weiteren Märkten diskriminiert würden. Die Marktöffnung der Schweiz im Bereich der öffentlichen Käufe darf somit nicht bei den Kantonen haltmachen.

Zur Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Schweiz ist eine gegenseitige Marktöffnung auf internationaler Ebene ebenso wichtig wie auf nationaler. Der neue Gatt-Kodex zum öffentlichen Beschaffungswesen bietet dazu eine faire und gleichberechtigte Chance. □

Alles über das Gatt

Als erste Partei der Schweiz hat sich die FDP mit der Uruguay-Runde des Gatt beschäftigt. Informieren Sie sich über das hochaktuelle und interessante Thema. Ende Monat erscheint die «Politische Rundschau» Nr. 1/93. Sie enthält einen Grundsatzartikel, eine Dokumentation und die FDP-Position zum Gatt.

Talon

Ich bestelle

— Ex. der «Politischen Rundschau» Nr. 1/93 (etwa 45 Seiten) «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkräftbare Anpassung unserer nationalen Politik» (zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.–)

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern (Fax [031] 21 19 51).

Kolumne

Die Linke als gescheiterter Hoffnungsträger



Der Untergang des «real existierenden Sozialismus» hat die Linke aus dem geistigen Tritt geworfen, und zwar nicht nur die Kommunisten – was zu erwarten war –, sondern auch die Sozialdemokraten. Am 19. Oktober 1991 hatte Prof. Arnold Künzli in der «Basler Zeitung» die «Krise der europäischen Linken» in einem interessanten Artikel zum Thema öffentlicher Diskussion zu machen versucht, vergeblich. Einzig der Genfer Sozialist Jean Ziegler leistete mit seinem Buch «Marx, wir brauchen Dich» 1992 den Beweis seiner Unfähigkeit zum Umdenken. Im übrigen hat das osteuropäische Erdbeben der Linken weitgehend die Sprache verschlagen.

Der tiefste Grund für dieses Verstummen dürfte im Scheitern als «Hoffnungsträger» liegen. Die unmenschliche Dimension der totalitären Regime, die erst jetzt voll aufgebrochen ist, das ökonomische Versagen und das ökologische Trümmerfeld haben nicht nur die kommunistische Realität in der «Übergangsphase» schonungslos entlarvt, sie haben auch das Ziel der marxistischen «klassenlosen Gesellschaft» an sich diskreditiert.

Dazu kommt, dass die Sozialdemokraten keine einleuchtenden Antworten auf die drängenden politischen Fragen Westeuropas haben: auf die Arbeitslosigkeit, auf die Migrationsströme, auf die öffentliche Verschuldung und die Inflation. Kann es angesichts dieses geistigen und politischen Versagens verwundern, dass sie in Frankreich, in Grossbritannien, Deutschland, Schweden, Spanien usw. in grosse Schwierigkeiten gekommen sind und Wahlniederlagen hinnehmen mussten? Auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat wenig bis nichts getan, um geistige Konsequenzen aus dem Debakel in Osteuropa zu ziehen. Die Leichen im Keller des aus

dem Jahre 1982 stammenden Parteiprogramms werden streng unter Verschluss gehalten. Dass man noch 1987 fasziniert von der jugoslawischen Selbstverwaltung und mit dem Ziel der Abschaffung der Marktwirtschaft in die – gescheiterten – «Hoffnungswahlen» stieg, wird geflissentlich verschwiegen. An der Spitze der SPS geben heute fundamentalistische Pazifisten und zynische Machtpragmatiker den Ton an, denen an einer mühsamen geistigen Aufarbeitung der Gegenwart wenig liegt.

Von der Aufbruchstimmung der 68er Generation ist die heutige Linke weit entfernt. Die Artikel zum 25-Jahr-«Jubiläum» sind denn auch weitgehend Rechtfertigungsversuche, um ihr Scheitern zu erklären; teilweise haben sie einen melancholischen Unterton. Das Nein der 68er zu den bestehenden Institutionen und Autoritäten und ihre Religion der «Selbstverwirklichung» war denn auch zu wenig geistige Substanz für einen neuen «Gesellschaftsentwurf». Aber sie setzten innerhalb des Bestehenden manches «Verknotzte» in Bewegung, sie führten zu grösserer Freiheit und Toleranz, wobei der Abbau der Schranken gegen den Drogengebrauch, die «sexuelle Befreiung» und die Zurückstufung der Autoritäten auf allen Gebieten – nicht nur in der Erziehung – allerdings auch unerfreuliche Auswüchse zeitigten.

In allen Wirren der letzten Jahrzehnte haben sich als die wahren, stabilen Hoffnungsträger die Verfechter der Menschenrechte, eines demokratischen Rechtsstaates und einer liberalen Marktwirtschaft erwiesen. Die Erfahrungen in Osteuropa haben uns gelehrt, dass bei der Verfolgung dieser hohen Ziele auch dem Weg dahin und seinen Auswirkungen auf die Menschen eine nicht minder grosse Bedeutung zukommt.

Kurt Müller

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen (ZH)

Ein Gang nach Canossa?

Die Verhandlungen der Schweiz mit der EG sind seit dem Nein des Schweizervolkes zum EWR-Beitritt am 6. Dezember 1992 auf eine andere Ebene geraten. Den veränderten Realitäten, die diese Ablehnung geschaffen hat, muss Rechnung getragen werden.

Andreas Gadmer*

Das letzte noch mit der EG unterzeichnete bilaterale Abkommen war jenes über das Versicherungswesen. Es hält das Prinzip der Reziprozität hoch, hat aber 17 Jahre harte Verhandlungen benötigt. Nach deren Abschluss soll EG-Kommissionspräsident Delors gesagt haben, dies sei das letzte solche Abkommen der EG mit der Schweiz. Den Schweizer Diplomaten bleibt heute aber gar nichts anderes übrig, als nochmals zu versuchen, bilateral zu verhandeln. Dies werden wohl auch die EG-Unterhändler anerkennen müssen. So begeben sich denn unsere Diplomaten auf den beschwerlichen Gang nach Canossa – zurück an den Verhandlungstisch.

Auch als EWR-Befürworter schätze ich die Situation der Schweiz heute nicht so schlecht ein, dass man den Kopf hängen lassen müsste.

* Präsident der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS)

Notabene sind sich die Historiker heute darüber einig, dass der historische Gang nach Canossa – trotz der Demütigung des Königs gegenüber dem Papst – einen klaren politischen Sieg des Gedemütigten bedeutete...

Die zweite Option, die die Schweizer Regierung noch offen hat, ist diejenige Initiative, die einen EWR-Beitritt verlangt. Es werden, vor allem von jungen Leuten, fleissig Unterschriften gesammelt. Obwohl eine Klausel enthalten ist, die einem Quasi-Blankocheck für den Bundesrat bei Vertragsunterzeichnungen mit der EG entspricht, erfüllt sie trotzdem den Zweck und fördert die Diskussion über die schweizerische Integration in Europa.

Denn eines ist klar – früher oder später wird das Vereinigte Europa stehen, und es ist wohl besser, so früh wie möglich an der Ausgestaltung mitzuwirken. Also reden wir darüber, damit wir bald mitreden können!



Andreas Gadmer: «Früher oder später wird das Vereinigte Europa stehen.» (Photo regia)

Voranzeige

Ausserordentliche Delegiertenversammlung

Samstag, 21. August 1993, 10.15 bis 14.50 Uhr in Frauenfeld

Stadtcasino Frauenfeld, vis-à-vis Bahnhof

Wir bitten Sie, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen.

Thema: Parolenfassung zu den Vorlagen der eidgenössischen Volksabstimmung vom 26. September 1993.

Da der Bundesrat bei Redaktionsschluss noch nicht entschieden hat, welche Vorlagen am 26. 9. zur Abstimmung gelangen werden, ist es uns leider nicht möglich, genaue Angaben bezüglich Themen und Referenten zu machen. Voraussichtlich werden wir über die Referenden zu den Bundesbeschlüssen über die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung sowie über den Wechsel des Laufentals vom Kanton Bern zum Kanton Basel-Landschaft abstimmen.

Eine Ladung Kreativität für Ihren PC.



Prüfen Sie 10 Tage gratis

NEU!
Auch für Mac!

Heute eine Präsentation, morgen ein Inserat und übermorgen ein Geschäftsbericht. Und alles soll kreativ und ansprechend sein. Kein Problem. Denn für solche und noch ganz andere Situationen gibt es das Werk «Grafiken und Symbole für professionelles Gestalten» und im Handumdrehen geben Sie Ihren Drucksachen eine individuelle Note.

Coupon

Bitte senden Sie mir den A4-Ringbuchordner «Grafiken und Symbole für professionelles Gestalten» mit über 1000 Symbolen, Piktogrammen und Illustrationen. Preis Fr. 198.–

Bitte kreuzen Sie das gewünschte Diskettenformat an:

- 5 1/4" Bestell-Nr. 34300
- 3 1/2" (Aufpreis Fr. 15.–) Bestell-Nr. 34400
- 3 1/2" für Apple Macintosh (Aufpreis Fr. 15.–) Bestell-Nr. 34900

Unsere Grafikabteilung arbeitet auf Hochtouren, um Ihre Symbol-Sammlung auf dem neusten Stand halten zu können. Aus diesem Grund erhalten Sie alle 2 – 3 Monate eine Erweiterung zum Grundwerk mit ca. 70 Seiten zu einem Preis von Fr. 110.– (inkl. Disketten). Eine Abbestellung ist jederzeit möglich.

Name, Vorname _____ Datum _____ 431607

Firma _____ Unterschrift _____

Strasse, Nr. _____

PLZ/Ort _____

Bitte einsenden an: WEKA Verlag AG, Hermeschloostrasse 77, Postfach, 8010 Zürich, Telefon 01/432 84 32, Telefax 01/432 82 01

Grüsse aus dem winterlichen Südafrika

Am 15. Mai 1993 fand im Hotel Rosebank, Johannesburg, im Rahmen eines Dinners die offizielle Gründungsfeier der FDP Schweiz International, Sektion Südafrika, statt. Als Ehrengast durfte der Präsident der Sektion, Oskar Brandenburg, Nationalrat Georg Stucky, Obmann der FDP Schweiz International, willkommen heissen. Nationalrat Stucky wurde bei verschiedenen Gesprächen ausführlich über den organisatorischen Stand der FDP-Sektion Südafrika sowie über die politische Lage des Landes im allgemeinen und diejenige der Südafrika-Schweizer im speziellen orientiert.

 Rolf Wüest*

Diskussionen

Interessierten Auslandschweizern war am Sonntag, dem 16. Mai 1993, bei einem Mittagessen Gelegenheit geboten, den führenden schweizerischen Volksvertreter Nationalrat Stucky kennenzulernen und mit ihm eine Reihe von aktuellen politischen Fragen zu erörtern. In eloquenter und höchst kompetenter Weise behandelte Stucky aktuelle Themen wie die zurückliegende nonkonforme Bundesratswahl, die Abstimmung vom 6. Juni, die Arbeitslosigkeit, EWR-follow-up, Finanzen des Bundes, der Kantone und Gemeinden.

Im Anschluss an das Mittagessen folgte eine Diskussionsrunde zusammen mit weiteren Spezialisten zur Behandlung spezifischer Auslandschweizerthemen (Nationalrat Stucky ist auch Vizepräsident des



Nationalrat Georg Stucky (dritter von links) zusammen mit den Vorstandsmitgliedern der FDP Schweiz International in Südafrika.

Auslandschweizersekretariates) wie z. B. «Solidaritätsfonds», AHV, Doppelbesteuerung von Renten für Auslandschweizer usw.

Besichtigungen

In den darauffolgenden Tagen traf Georg Stucky im Rahmen von Betriebsbesichtigungen mit weiteren Auslandschweizern zusammen. Im Vordergrund standen jene, die sich in Südafrika als selbständig Erwerbende eine eigene Existenz aufgebaut haben. Anhand vieler konkreter Beispiele konnte

sich Nationalrat Stucky ein Bild über die Besonderheiten des südafrikanischen Produktionssystems machen, das aus einer Kombination von Erst- und Drittweltelementen besteht. Kontakte mit Vertretern schweizerischer Grossfirmen und Repräsentanten des Finanzbereiches rundeten den Einblick in den Wirtschaftssektor und das schweizerische Engagement ab.

Dank

Die FDP-Sektion Südafrika dankt Nationalrat Stucky für

das gewährte Interesse und die aufschlussreichen Gespräche nochmals herzlich. Eingeschlossen sei das FDP-Generalsekretariat in Bern, ganz besonders Eleonora Schneuwly, der wir für die gebotene Unterstützung besonders danken.

Damit grüssen wir alle schweizerischen FDP-Mitglieder aus dem leicht winterlichen Südafrika. □

Veranstaltung

Einladung zur ersten Mitgliederversammlung der FDP Schweiz International

Samstag, den 21. August 1993, 12.30 bis 14.00 Uhr
im Kongresszentrum Montreux

TAGUNGSPROGRAMM

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten, *Nationalrat Dr. Georg Stucky*

Wahlgeschäfte gemäss Art. 9 der Statuten:

- Wahl des Präsidenten
- Wahl des übrigen Vorstandes
- Wahl der Rechnungsrevisoren

Jahresbericht 1991/1992 und Jahresprogramm 1993, *Nationalrat Dr. Georg Stucky*

Kassabericht, *Christian Kauter, Generalsekretär FDP Schweiz*

«Probleme des Korrespondenzstimm- und -wahlrechts», Einführungsreferat durch *Dr. Willy Lutz*, Präsident der Vereinigung der Schweizervereine in Frankreich

Diskussion

Schlusswort des Präsidenten

Hinweis: Da die Mitgliederversammlung während der Mittagspause des Auslandschweizer-Kongresses stattfindet, können die Teilnehmer(innen) das Mittagessen (Buffet) auch im Tagungssaal einnehmen.

* FDP-Vizepräsident Transvaal.

Ein ehrliches Bekenntnis

Als sich bei der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 ergab, dass 16 Kantone gegen den EWR-Vertrag waren, drängte es mich unwillkürlich, aus der FDP auszutreten, weil ihr Stellungnahme so gar nicht dem Willen unseres Volkes entsprach. Ich blieb dann doch bei der Partei, um zu sehen, wie sich unsere Politiker verhalten werden. Endlich in der Nr. 5 dieses Jahres 1993 erschien im «Freisinn» der Artikel «Regieren wir am Volk vorbei?» von Ständerat Andreas Iten (ZG). – Ein ehrliches Bekenntnis.

Unsere Politik war ja auch widersinnig geleitet worden. Am 1. August 1991 feierten wir stolz das 700jährige Bestehen der freien Eidgenossenschaft, aber im folgenden Jahr verlangten Bundesrat und Bundesparlament, wir sollten dem EWR-Vertrag zustimmen, was der erste Schritt gewesen wäre, um unsere Unabhängigkeit zu verlassen. So unlogisch sind aber die Eidgenossen in 16 von 23 Kantonen nicht.

Wer in der Schweizer Geschichte zurückblättert, findet oft Episoden starker Bedrohung der Freiheit unseres kleinen Staatswesens in den 700 Jahren, aber unseren Vorfahren gelang es immer wieder, unabhängig zu bleiben. Das lag an ihrem Mut, am Fleiss und Gemeinschaftssinn.

Wie wird die wirtschaftliche Seite unseres Lebens sein, wenn wir ausserhalb des EWR bleiben? Wie war es denn bisher? Ich bin als Sohn von Schweizer Eltern in Spanien geboren und aufgewachsen.

Mein Vater war der technische Leiter der Vertretung der Mühlenbaufirma Gebrüder Bühler von Uzwil (St. Gallen). Den gleichen Markt bearbeiteten auch Firmen aus den grossen europäischen Industrienationen. Aber mein Vater liess durch spanische Agenten die seltenen reichen Herren im weiten Lande draussen besuchen und sie zum Bau moderner Mehlfabriken bewegen. Jedenfalls blühte das Geschäft meines Vaters und seines Partners, auch ein Schweizer und kaufmännischer Filialleiter.

Ich studierte in Zürich als Bauingenieur an der Eidgenössischen Technischen Hoch-

schule und trat nach einigen Jahren Praxis 1932 in den Dienst der Firma «Sondages-Etanchements-Consolidations-Procédés Rodio» mit Sitz in Paris. Ihr Gründer Giovanni Rodio war Italiener, aber im Puschlav aufgewachsen, von der ETH diplomiert, und er sprach mit uns Schweizerdeutsch. Die Mehrzahl der Ingenieure in dieser Firma waren Schweizer. Ich wurde nach Westspanien geschickt, wo die junge Elektrizitätsgesellschaft «Saltos del Duero S. A.» ihre erste grosse Staumauer am Nebenfluss Esla baute. Rodio hatte den Vertrag für die Zementinjektionen zur Abdichtung der offenen Klüfte im

Granitfundament. In dieser Unternehmung blieb ich bis zum Erreichen der Altersgrenze und bearbeitete eine lange Reihe von Stauwerkfundamenten in Spanien und Portugal. Natürlich machten sich auch grosse Spezialfirmen aus England, Frankreich und Deutschland heran, aber meistens erhielt doch unsere schweizerische Eigenart den Auftrag.

Das gibt uns auch für unsere zukünftige Unabhängigkeit Gott- und Selbstvertrauen und ist in 16 von 23 Kantonen so empfunden worden, aber im Bundeshaus in Bern eben nicht. Und in der FDP? Im ersten Absatz dieses Briefes habe ich den Artikel von Ständerat Andreas Iten ein «ehrliches Bekenntnis» genannt. Geht in Euch!

Walter Weyermann, Zürich

Aufwertung der direkten Demokratie – Konzentration auf das Wesentliche

Zum Artikel «Regieren wir am Volk vorbei?» von Ständerat Andreas Iten (ZG):

Erfreulicherweise hat sich ein eidgenössischer Parlamentarier mit dieser interessanten Materie in einem Artikel befasst; leider äussern sich die Politiker hierzulande ja eher selten zu grundsätzlichen Fragen von Staat und Gesellschaft.

Dass in der Schweiz das Gefühl der Entfremdung von Staat und Bürger so stark ist, erstaunt eigentlich angesichts

der vielfältigen und aussergewöhnlichen Mitwirkungsmöglichkeiten des Einzelnen in unserem Staat. Den Resultaten der Univox-Untersuchung über die «Direkte Demokratie» entnimmt man, dass deutlich mehr Schweizer glauben, «keinen Einfluss auf die Tätigkeit der Regierung» zu haben, als normalerweise an den Abstimmungen und Wahlen teilnehmen!

Ist dies nicht etwas widersprüchlich? Ich kann mir das nur so erklären, dass sich viele mit den manchmal etwas ineffizienten Institutionen der direkten Demokratie schwertun und deshalb frustriert ihre staatsbürgerlichen Rechte vernachlässigen. Die immer wieder ertönende Forderung nach einer Verwesentlichung der Demokratie ist also ernst zu nehmen, und Reformen, beispielsweise eine massive Erhöhung der Unterschriftenzahl für Initiative und Referendum, sind zu verwirklichen.

Die heute grassierende Flut von Initiativen, vor allem aber Referenden, fördert meines Erachtens nur die Vertrauens-

krise, die wir heute erleben. Das Gejammer über die sogenannte «classe politique», welches so in Mode gekommen ist, wird allerdings auch dann nicht verstummen, wenn die angesprochenen Erneuerungen realisiert sein werden, denn viele Rechtspopulisten, die selbst ja auch dieser «Klasse» angehören, hören es, nur zu gerne.

Stefan Schmid,
Vorstandsmitglied
Jungliberale
Kanton Zürich (JLZ)

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Das ist denn auch Ihre Seite. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Beiträge im «Freisinn» werden gelesen, in der Verwaltung, von Politikern. Öfters schon hat sich via Parteizeitung ein freisinniger Brief-

wechsel über die Kantons- grenzen hinweg entwickelt. Die Auflage beträgt immerhin stolze 80 000! – Noch etwas. Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. □

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition 1892 – 1992

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

RU 486 auch für Schweizerinnen?

Die Schweizerische Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen (SVFF) steht der Registrierung von RU 486 als Alternative zum chirurgisch vorgenommenen Schwangerschaftsabbruch in der Schweiz positiv gegenüber. An ihrer Delegiertenversammlung verabschiedet sie einen offenen Brief an Bundesrätin Ruth Dreifuss. Darin hält die SVFF fest, dass ein Medikament nicht aus weltanschaulichen Gründen denjenigen Frauen vorenthalten werden dürfe, für die es sinnvoll und nötig sei. RU 486 gehöre aber ausschliesslich in die Hände der Ärzteschaft.

Im August 1992 haben Schweizer Ärztinnen und Ärzte auf Initiative von Prof. Dr. med. Heinrich Stamm einen Appell für die Einfuhr von RU 486 in der Schweiz lanciert. Dieser Appell ist sowohl in Frauenkreisen als auch in der breiten Öffentlichkeit auf grosses Interesse gestossen.

Bei der Diskussion um die Einfuhr von RU 486 in die Schweiz geht es darum, den Frauen und der Ärzteschaft eine nichtoperative Methode des Schwangerschaftsabbruches zur Verfügung zu stellen. Mit RU 486 steht eine gleichwertige Alternative zum chirurgisch vorgenommenen Abort zur Verfügung.

Wie wirkt RU 486?

RU 486 wird heute ausschliesslich dazu verwendet, eine Frühschwangerschaft zu beenden.

Unter Aufsicht der Ärztin / des Arztes schluckt die frühschwängere Frau drei RU-486-Tabletten. Dadurch wird das Schwangerschaftshormon unwirksam, die Gebärmutter-schleimhaut löst sich, der Embryo stirbt ab. Falls die Frucht nicht innerhalb von 48 Stunden abgestossen wird, muss Prostaglandin – ein wehenauslösendes Mittel – verabreicht werden. Zeigt RU 486 nicht die erwartete Wirkung, ist es vonnöten, die Frühschwangerschaft operativ zu beenden.

RU 486 kann wie jedes andere Medikament auch Nebenwirkungen haben. Die Erfahrungen zeigen, dass diese nicht gravierend sind: Die Frauen sprechen von leichter Übelkeit, Kopfschmerzen und «Ziehen» in den Brüsten. Ob RU 486 das geeignete Mittel zur Beendigung einer Frühschwangerschaft ist, kann die Ärztin/der Arzt nur auf Grund einer gründlichen Untersuchung entscheiden. Genauere

Angaben über die Wirkungsweise von RU 486 wollen Sie bitte der beiliegenden Broschüre der Firma Hoechst AG entnehmen.

Die Krankenkassen übernehmen die Kosten für einen legal durchgeführten Schwangerschaftsabbruch, ohne zu unterscheiden, ob er mittels RU 486 oder chirurgisch durchgeführt wird. Die Kosten für einen Abort mit RU 486 belaufen sich auf etwa 420 Franken. Eine Operation kostet mehrere tausend Franken und bedingt einen dreitägigen Spitalaufenthalt.

Der Schwangerschaftsabbruch mittels RU 486 muss in einer dafür eingerichteten Arztpraxis oder einer anderen geeigneten Stelle durchgeführt werden. Sollte es zu Komplikationen kommen, ist ärztliche Hilfe vonnöten.

Rechtliche Situation

Nach geltendem Schweizer Recht ist der Schwangerschaftsabbruch nur im Falle der sogenannten medizinischen Indikation zulässig (Art. 120 StGB). Für die Frau muss infolge der Schwangerschaft «Lebensgefahr oder grosse Gefahr dauernden schweren Schadens an der Gesundheit» bestehen.

Die Gefahr darf überdies nicht anders abwendbar sein, d. h. insbesondere nicht durch ärztliche Behandlung behoben werden können.

Vom schweizerischen Recht nicht erfasst sind die folgenden Indikationen:

- «ethische Indikation»: Unzumutbarkeit des Austragens eines Kindes mit Rücksicht auf die deliktisch erfolgte Schwängerung
- «soziale Indikation»: Unzumutbarkeit der Auferziehung eines Kindes aus sozialen, insbesondere finanziellen Gründen

- «kindliche Indikation»: befürchtete Geburt körperlich oder geistig schwer geschädigter Kinder.

Diese Indikationen sind keine selbständigen Rechtfertigungsgründe, sie werden jedoch in der Regel bei der Beurteilung der medizinischen Indikation mitberücksichtigt.

Damit der Abbruch der Schwangerschaft strafflos ist, braucht es neben der medizinischen Indikation weitere Voraussetzungen:

- Einwilligung der schwangeren Frau (formell wird Schriftlichkeit verlangt)
- Eingriff darf nur von einer patentierten Ärztin / einem patentierten Arzt vorgenommen werden
- Gutachten einer zweiten patentierten Ärztin / eines zweiten patentierten Arztes muss vorliegen.

Der Schwangerschaftsabbruch mit RU 486 ist eine Methode, welche die gesetzliche Regelung des StGB in keiner Weise tangiert. Sie darf wie der chirurgisch vorgenommene Abbruch nur dann angewandt werden, wenn die oben aufgelisteten Voraussetzungen erfüllt sind.

RU 486 ändert an der gesetzlichen Grundlage des strafflosen Abbruchs der Schwangerschaft nichts. Auch bei der Anwendung von RU 486 müssen die Voraussetzungen von Art. 120 StGB erfüllt sein.

Nach den geltenden Bestimmungen muss sich Hoechst-Pharma AG um die Registrierung von RU 486 bemühen. Weder Behörden noch politische Organisationen sind befugt, diesen Schritt zu unternehmen.

Die Firma vertritt nun immer noch die Meinung, dass ihre Unternehmensphilosophie in bezug auf die Registrierung

von RU 486 überall auf der Welt gleich bleiben soll: «Repräsentative, massgebende Frauenorganisationen» müssen sich für die Einfuhr beziehungsweise das Registrierungsverfahren im jeweiligen Land einsetzen.

Stellungnahme der SVFF

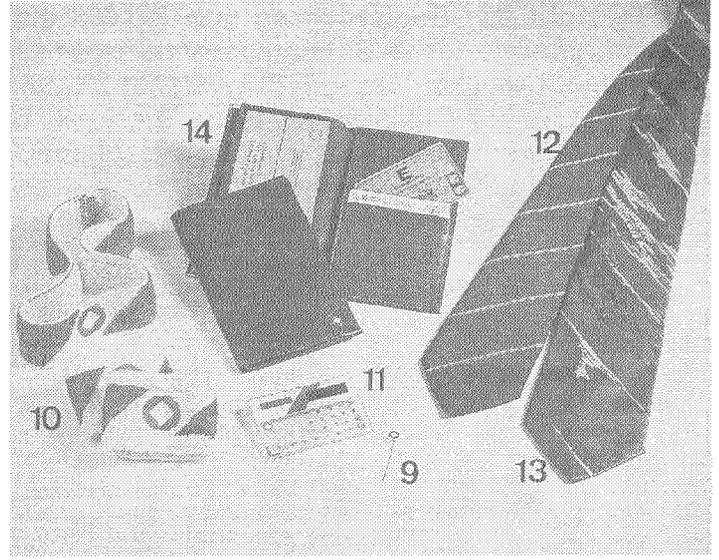
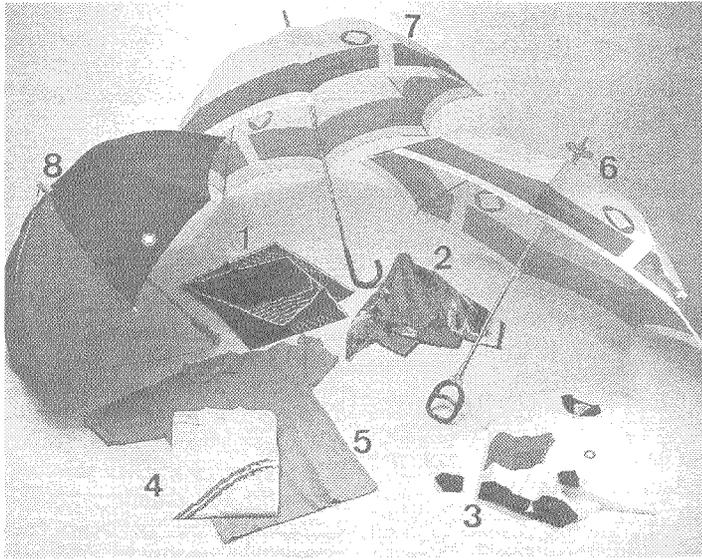
Die SVFF kommt nach Abwägung aller Gesichtspunkte zum Schluss, dass es sich nach dem heutigen Stand der medizinischen Forschung sowie nach Meinung der Gynäkologinnen und Gynäkologen hier nicht mehr um eine medizinische Frage handelt. Die Opposition gegen RU 486 erwächst aus Kreisen, die aus weltanschaulichen Gründen generell gegen einen Schwangerschaftsabbruch sind. Unseres Erachtens darf ein Medikament nicht aus weltanschaulichen Gründen denjenigen Frauen vorenthalten werden, für die es sinnvoll und nötig ist.

Die SVFF hält aber ganz klar fest, dass RU 486 ein Medikament ist, welches ausschliesslich in die Hände der Ärzteschaft gehört. Eine anderen Bezugsmöglichkeit schliessen wir aus.

Der Schwangerschaftsabbruch ist eine Tatsache. Er wird seit Jahrtausenden täglich praktiziert, teilweise unter unvorstellbaren Bedingungen sowie mit Mitteln und Instrumenten, welche die Gesundheit der Frau schädigen und zum Teil gar zum Tode führen. Er muss endlich als Notlösung für Frauen, die ungewollt oder als Folge eines Verbrechens schwanger geworden sind, von der Gesellschaft akzeptiert und toleriert werden. Wir möchten aber betonen, dass der legale Schwangerschaftsabbruch innerhalb der gesetzlichen Frist zu erfolgen hat.

Die medizinischen Forderungen der Hoechst-Pharma AG sind in der Schweiz längst erfüllt. Es darf nicht Sache einer pharmazeutischen Firma sein, uns Frauen ein Medikament zu verwehren aus Gründen, die keineswegs unternehmerischer oder medizinischer Art sind. □

Praktisch, sportlich, elegant

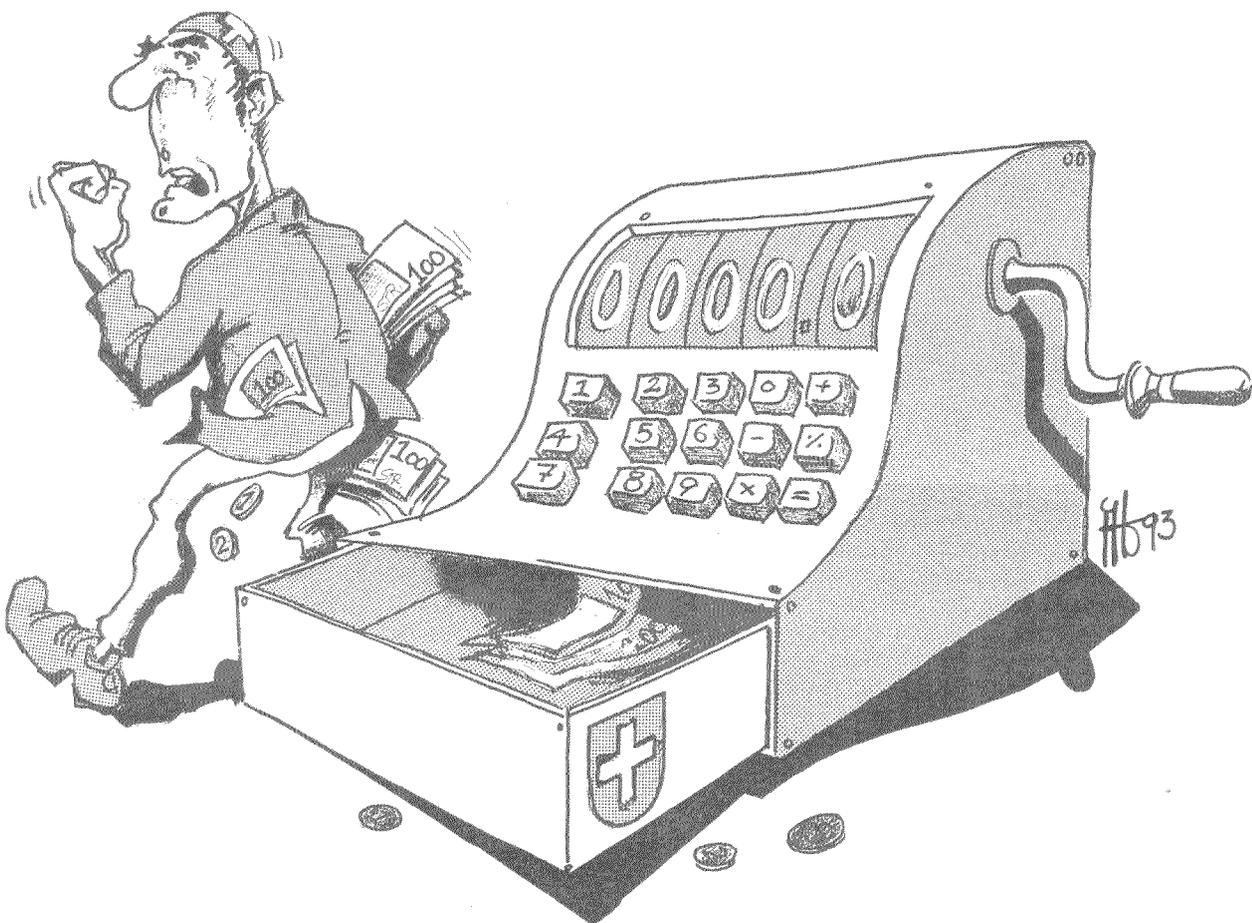


Ja, ich bestelle:

- 1 Das zeitlose **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de Chine ist 90x90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. ___ Ex. à Fr. 50.-
- 2 Das **neue Foulard** (90x90 cm) der «New look»-Kollektion in tollen, modernen Farben besteht aus 100% Crêpe de Chine. ___ Ex. à Fr. 50.-
- 3 **Windblouson** aus Nylon mit Strickborden. Schützt Sie bei Wanderungen vor unangenehmen Überraschungen. Einfach transportierbar, kann zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Grössen S, M, L (Zutreffendes bitte ankreuzen) ___ Ex. à Fr. 10.-
- 4 Praktisch und unverwüstlich, das neue **T-Shirt** (mit dem Aufdruck «Freiheit gewinnt») im modernen Schnitt aus 100% Baumwolle. Grössen L, XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) ___ Ex. à Fr. 1.- (Mind. 10 x)
- 5 Für die warmen Tage gibt es unser **Polo-Shirt** mit diskretem FDP-Emblem im klassischen Schnitt. Grössen S, M, L, XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) ___ Ex. à Fr. 5.-
- 6 Der praktische **Sportschirm** mit einem integrierten Klappsitz, damit Sie beim nächsten Sportfest nicht mehr stehen müssen. ___ Ex. à Fr. 30.-
- 7 Der **Doppelschirm**, damit Sie zu zweit nur einen Regenschirm brauchen und trotzdem nicht nass werden. ___ Ex. à Fr. 30.-
- 8 Der **klassische Regenschirm** in den Farben Rot, Dunkel- und Hellblau lässt Sie auch bei schlechtem Wetter trocken ans Ziel kommen. ___ Ex. à Fr. 35.-

- 9 **Anstecknadel**. Der diskrete Hinweis, dass Sie der richtigen Partei angehören. ___ Ex. à Fr. 5.-
- 10 Ein absolutes Muss für jeden Sportler. Das **Stirnband und die Pulswärmer** aus 90% Baumwolle. ___ Set à Fr. 5.-
- 11 Unser Solarrechner mit der 8stelligen LCD-Anzeige hilft Ihnen bei den schwierigsten Rechenaufgaben. ___ Ex. à Fr. 20.-
- 12 Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- 13 Die **Krawatte** aus unserer «New look»-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- 14 Das **Portefeuille** aus bestem Anilinleder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. ___ Ex. à Fr. 44.-

Name: _____
Vorname: _____
Strasse/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Datum: _____
Unterschrift: _____
Bitte ausfüllen und ganze Seite einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern



« DER BUND MUSS ENDLICH DEN SPARBWEIS ERBRINGEN ! »

Quoten in der Politik?

Christiane Brunners Nichtwahl in den Bundesrat warf das Frauenproblem wieder auf.

Nationalrätin Geneviève Aubry

Seit 22 Jahren sind die Schweizer Bürgerinnen stimmberechtigt. Es ist eine Tatsache geworden, dass Frauen vermehrt am Gemeinwesen interessiert sind und auch daran teilnehmen. Sie tun dies so gut wie ihre männlichen Kollegen, wenn nicht besser. Knapp ein Vierteljahrhundert ist vergangen, und Frauen, die es wollten, profilieren sich. Jahr um Jahr steigt der Prozentsatz.

Und diesen Zeitpunkt wählen einige oft linksgerichtete oder alternative Frauengruppen, um wieder von Quotenregelung zu sprechen. Anfang 1992 haben wir uns bereits im Parlament mit dieser Frage beschäftigt. Verschiedene Initiativen verlangen Quoten, sei dies im Stände- oder Nationalrat. Ich habe diese Kommission präsiert. Wenn sich alle Parlamentarier einig waren, dass eine bessere Repräsentation der Frauen nötig sei, so variieren die Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Vergessen wir



Nationalrätin Geneviève Aubry ist gegen Quotenzwang in der Politik.

nicht, dass die Mehrheit des Parlaments gegen den Quotenzwang gestimmt hatte.

Ein Jahr später sind wir wieder mit diesem Problem in Form einer Initiative konfrontiert. Wird sie eingereicht? Die Initiative der sozialdemokratischen Partei (Nationalrat 2000), die die gleichen Ziele hatte, scheiterte und wurde in eine Petition verwandelt. Dies zeigt die Zurückhaltung des Volkes diesem Problem gegenüber. Warum diese Zurückhaltung?

Qualität oder Quantität? Die Stimmbürger zwingen, für gleich viele Frauen wie Männer zu stimmen ist: antidemokra-

tisch, autoritär, unrealistisch. Wo wäre die Auswahl, wenn man zehn kompetente Frauen und zehn kompetente Männer wählen müsste, und zwölf sehr fähige Frauen wären wählbar gegen nur acht fähige Männer?

Das hiesse die Stimmbürger zum Narren halten, wenn man ihnen die Quoten aufzwingen würde. Es scheint mir, dass diese Wahl den Parteien überlassen werden sollte. Warum die Frauen nicht fördern, indem man sie auf den Listen hervortut und sie unterstützt? Denn der Unterschied existiert in der Vorbereitung einer politischen Karriere. Die Männer werden von ihren verschiedenen Vereinen, vom Gewerbe und vom Militär sowie von ihren Wirtschaftskollegen unterstützt, die Frauen hingegen haben eine reduzierte Unterstützung. Die Männervereine sind organisiert, und die Sponsoren finanzieren die Wahlkampagne eines Kandidaten.

Dann stellt sich die Frage der zukünftigen Politikerin: die Familie, der Beruf und dazu noch die Politik? Die Last ist oft zu gross, um alles zu meistern. Ohne Beruf gelingt es einer Frau oft nicht, politisch weiterzukommen.

Und die Familie? Wenn wir die Frauen unter der Bundes-

kuppel, die Karriere gemacht haben, unter die Lupe nehmen, müssen wir feststellen, dass viele ledig, geschieden oder Karrierefrauen ohne Kinder sind. Jede muss diese Wahl selber treffen, was ein Mann nicht tun muss.

Sind Quoten für den Bundesrat akzeptabel? Die Wahl eines Bundesrates wird viele Jahre im voraus vorbereitet, und der Kandidat muss in verschiedenen «Fauteuils» gesessen haben, bevor ihm der Aufstieg zur «Kronung» gelingt. Sollen wir das ganze System umkrempeln, um mindestens so viele Bundesrätinnen wie Bundesräte zu haben? Von einer verheirateten Frau sieht man oft nur die Fehler des Ehepartners, was umgekehrt nicht existiert. Und eine ledige Frau ohne Kinder ist nicht repräsentativer als ein Mann für die Frauen unseres Landes. Hier harzt es bei den verlangten Quoten; sie werden sogar lächerlich.

Wird das Gleichgewicht in den Parteien im Namen des Feminismus in den Hintergrund treten? Werden so die Qualitäten der Frauen nicht entwertet, wenn es keine qualitative Konkurrenz gibt? Um Macht zu erhalten, muss man wie die Männer deren besondere Eigentümlichkeiten akzeptieren. Eine gesunde Konkurrenz zwischen Mann und Frau bereichert die Politik, eine erzwungene Quotenregelung lässt sie verarmen. □

Jugendpolitik

FDP-Politiker engagieren sich aktiv für die Nationale Jugend-Brass-Band der Schweiz.

Weiterbildung, die Spass macht. Weiterbildung, die fördert und Ehrgeiz weckt. – Das bietet die Nationale Jugend-Brass-Band (NJBB) seit der Gründung 1976 jedes Jahr in einem Sommerkurs.

Über 150 Bläserinnen und Bläser im Alter von durchschnittlich 16 Jahren suchen jeweils diese Herausforderung. Die NJBB will nicht nur technische Fähigkeiten vermitteln, sie will auch Kontakte vermitteln, Ideen verbreiten und die jungen Musikanten Verantwortung lehren.

Unter dem Vorsitz von Hans Troxler, Schlierbach (einem aktiven Luzerner Liberalen), setzt sich das Patronatskomitee (ausschliesslich Politiker der FDP Schweiz) für die schweizerische Blasmusikjugend ein. Die Berner Ständerätin Christine Beerli, der Solothurner Ständerat Rolf Büttiker, alt Ständerat Dr. Bruno Hunziker aus dem Kanton Aargau sowie der Luzerner Ständerat Robert Bühler teilen sich in diese Arbeit für die Schweizer Jugend. Jugendpolitik findet bei der FDP in der Praxis statt. □



Die Ständeräte Christine Beerli sowie Robert Bühler (sitzend) mit Markus S. Bach, dem Präsidenten der NJBB, und Hans Troxler, dem Präsidenten des Patronatskomitees, anlässlich einer Organisationssitzung im Bundeshaus.